



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831 - 33
Fernschreiber 0886890

H/XIII/49 - 28. Februar 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe :

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Keine einseitigen Mahnungen ! Versuchsexplosionen mit nuklearen Waffen werden fortgesetzt	33
2 - 3	"Wen die Stunde schlägt" Hexenkessel Indonesien - Sukarno am Scheideweg	92
4 - 5	Genauere Aufschlüsselung eines Wahlergebnisses Interessante Übersicht - Junge Wähler bevorzugen SPD	60
6	Dieser Strauss legt Kuckucksei Die Rüstungsausgaben Frankreichs ein Beispiel ?	47
7	"Bier" ist nicht immer "Bier" Salomonisches Urteil im bayerischen Süßbier-Streit	39

* * * * *

Keine einseitigen Mahnungen!

sp- Wenn die Berichte der wissenschaftlichen Institute in den USA und in Japan zutreffen, hat die Sowjetunion am Donnerstag nördlich des Polarkreises erneut zwei Versuche mit Wasserstoffbomben durchgeführt. Das wäre die 29., bzw. 30. Kernwaffenenplosion in der Sowjetunion. Bekanntlich haben die Sowjets mit etwa vier Jahren Verspätung gegenüber den USA mit ihren Atomwaffenversuchen begonnen. Die Amerikaner sprechen von 68 "Tests", die sie bereits hinter sich haben. Rechnet man also den amerikanischen Bombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki hinzu, dann ergibt sich, dass die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten zusammen seit dem zweiten Weltkrieg insgesamt fast 100 Kernwaffenversuche durchgeführt haben. Die Zahl der von den Engländern durchgeführten Kernwaffenversuche ist nicht genau bekannt; sie dürfte aber immerhin auch knapp zwanzig betragen. Das heißt also: Seit 1945 wurden insgesamt rund 120 Atom- und Wasserstoffbomben zur Explosion gebracht.

Die Russen werden sagen, sie hätten einen "Nachholbedarf". Da sie es aber sind, die ständig die Welt auffordern, Protestaktionen gegen Atomwaffenversuche einzuleiten, klingen die Mahnungen von sowjetischer Seite bei Fortsetzung der eigenen Atomexplosionen nicht echt.

Wissenschaftler in West und Ost haben erklärt, dass die Fortsetzung der Versuche mit nuklearen Waffen die ganze Menschheit gefährdet. Amerikaner und Engländer haben sich nicht daran gestört. Sie haben trotz aller Warnungen die Fortsetzung ihrer Atomwaffenversuche angekündigt. Wenn die Sowjetunion jetzt "nachzieht", setzt sie sich der gleichen Kritik aus, die alle denkenden und vernünftigen Menschen den Amerikanern und Engländern entgegenhalten.

Militärisch haben nämlich die jetzt noch durchgeführten Atomexplosionen gar keinen Sinn mehr. Es ist bekannt, dass die in Ost und West bereits vorhandenen nuklearen Zerstörungsmittel ausreichen würden, um die ganze Welt in Schutt und Asche zu legen und den dann noch verbleibenden Rest der Menschheit zu verseuchen.

Dem Osten und dem Westen wird man die Beteuerung, jeder wolle nur den Frieden, erst dann glauben, wenn beide Seiten auf diese furchtbaren Demonstrationen der Stärke verzichten.

"Wer die Stunde schlägt"

H.E.D. Seit Tagen fliegen Einheiten der indonesischen Luftwaffe in Djakarta-Einsätze gegen Padang, den Sitz der Gegenregierung in Mittel-Sumatra, und Ortschaften in Nord-Celebes, dessen Militärkommandant sich der Fronde gegen Staatschef Sukarno angeschlossen hat. Es hat den Anschein, als erhoffe sich die Zentralregierung von einer derartigen militärischen Demonstration eine schnelle Niederwerfung der innenpolitischen Gegner. Es entbehrt nicht einer gewissen geschichtlichen Ironie, dass der Oberbefehlshaber der indonesischen Wehrmacht, Generalstabschef Nasution, die Bombardierung von Dörfern und Palmhütten mit dem Begriff "Polizeiaktion" umschreibt und damit den gleichen Begriff verwendet, den vor zehn Jahren die holländische Kolonialmacht für ihre militärischen Operationen gegen Sukarnos Freiheitsbewegung benutzte.

"Separatistisches Manöver"

Die Zentralregierung versucht, die Aktionen der Aufständischen als "separatistische Manöver" zu diskreditieren. Aber man ginge fehl, würde man diese Behauptung für bare Münze nehmen. Denn die Männer, die sich heute hinter die "Revolution der jungen Obersten" gestellt haben, sind alles andere als bezahlte Agenten des Auslandes oder politische Hasardläure. Der Chef der neuen Regierung in Padang, Sjafrudin, vor kurzem noch Präsident der Bank von Indonesien, ist weiten Kreisen der Bevölkerung als ein ausgezeichnete Fachmann und als unbestechlicher indonesischer Patriot bekannt. Einen fast legendären Ruf besitzt auch der Sozialist Suniro, der als der Wirtschaftsexperte Indonesiens gilt. Seit Jahren schon ist die Schar der Unzufriedenen gewachsen. Die steigenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes, das Versagen der sich einander ablösenden Kabinette - 19 an der Zahl -, ein stabiles Ordnungsgemüß zu schaffen, und nicht zuletzt die Ungewissheit über den aussenpolitischen Kurs Sukarnos, liessen den Ausbruch einer politischen Explosion nur mehr zu einer Frage der Zeit werden.

Der Rücktritt Hatta

Das erste sichtbare Zeichen der Krise war der Rücktritt des Vizepräsidenten Hatta. Sein Ausscheiden aus den Staatsgeschäften musste ebenso schwerer wiegen, als in ihm die indonesische Bevölkerung einen Mann sah, der neben Sukarno zu den Erbauern des indonesischen Staates gehörte. Es ist kein Geheimnis, dass Hatta, ein aufrichtiger Demokrat, den Einfluss der kommunistischen Partei Indonesiens mit grosser Sorge beobachtete. Wie gerechtfertigt sie war, erwiee sich nach dem Besuch Sukarnos in der chinesischen Volksrepublik. Der Staatschef, der einst unter dem Beifall des amerikanischen Kongresses auf die gemeinsamen geistigen Wurzeln der indonesischen und amerikanischen Demokratie hingewiesen hatte, sah jetzt in der Übernahme eines autoritären Regimes die einzige Möglichkeit der wirtschaftlichen und sozialen Übel zu steuern. Aagit, der sehr fähige und intelligente Boss der indonesischen KP, hielt seine Gründe für gekommen. In zunehmendem Masse gewannen kommunistische Offiziere an Einfluss in der Armee, während die Provinzwahlen in Mittel-Java

zeigten, dass die Bevölkerung immer mehr den Parolen des Kommunismus zugeneigt war. Sukarno aber, dem dies ein warnendes Zeichen hätte sein müssen, dass dieses Votum gegen ihn und seine Regierung gerichtet war, ergriff die Flucht nach vorne.

Flucht in die Aussenpolitik

Anstatt die innenpolitische Atmosphäre durch geeignete Massnahmen zu reinigen, versuchte er, das Volk durch aussenpolitische Aktionen an sich zu binden. Die Frage West-Neu-Guineas wurde zur nationalen Frage überhaupt erhoben. Ein recht wirkungsvoller Schachzug, der aber, sowie die Dinge sich in Indonesien zugespitzt hatten, nur auf kurze Zeit wirken konnte. Die sehr ungeschickten politischen Argumente Hollands versetzten Sukarno in den Stolz des Mannes, der sich vor der Weltmoral als gerechtfertigt betrachten kann. Die Enteignung holländischer Besitzes und die Ausweisung der etwa 50 000 holländischen Bürger im Inselreich schienen ihn wieder einmal in der Glorie des nationalen Helden zu bestätigen. Aber es war ein Pyrrhus-Sieg. Denn die Wirtschaft Indonesiens erlitt einen Zusammenbruch. Vergebens hatten Hatta und Sjafrudin den Staatsoberhaupt gewarnt; vergebens hatte Indiens Ministerpräsident Nehru versucht, die indonesische Regierung auf das Unüberlegte ihres Schrittes hinzuweisen.

"Gewissenlose Abenteurer"?

Die Würfel waren gefallen. Immer schon hat es im Inselreich Aufstände und Revolten lokaler Stellen gegeben. Seit Errichtung der Republik machen die Banden des "Dar ul Islam" weite Landstriche in Java unsicher. Aber niemals hatte sich eine Aufstandsbewegung formiert, zu deren Mitgliedern die besten Köpfe Indonesiens gehören. Es war zu erwarten, dass die Ostblock-Staaten, an der Spitze die Sowjetunion und die Volksrepublik China die Gegenregierung in Padang mit dem Prädikat "Gewissenlose Abenteurer und bezahlte Subjekte des Kapitalismus" belegten. Umso merkwürdiger aber muss es erscheinen, dass die Zentralregierung in Djakarta sich fast der gleichen Tonart bedient. Zur Zeit weiss man noch nicht, wie Dr. Hatta sich entscheiden wird. Man konnte erfahren, dass er innerhalb weniger Tage mehrmals mit Sukarno konferierte.

Die Forderung von Padang, die Demokratie wieder in Djakarta einzuführen und Hatta zum Ministerpräsidenten zu ernennen, wird auf jeden Fall zum Thema der Gespräche gehört haben. Leider aber scheint die Zentralregierung gewillt zu sein, nicht auf dem Wege der Verhandlungen, sondern mit Waffengewalt die Lösung der indonesischen Probleme zu betreiben.

Eingeständnis der Unsicherheit

Dies aber ist ein Eingeständnis ihrer eigenen Unsicherheit, die auch noch dadurch erhöht wird, dass man sogar dem Generalstabschef Kasution geheimes Einverständnis mit Padang nachsagt. Zur Stunde ist nicht abzusehen, wer gewinnt. Es ist aber zu hoffen, dass die besonnenen Kräfte in Djakarta, darunter vor allem der frühere Kriegsminister, der Sultan von Djogakarta, die Oberhand gewinnen. Auch um den Preis eines Rücktritts von Sukarno.

* * *

Genauere Aufschlüsselung eines Wahlergebnisses

Rund 12 Prozent oder 14 200 der bei der Bundestagswahl am 15. September 1957 in der Stadt Augsburg abgegebenen Stimmzettel mussten zur Anfertigung einer repräsentativen Wahlstatistik getrennt nach Altersgruppen und Geschlechtern in gesonderte Wahlurnen geworfen werden. Das Wahlamt von Augsburg hat jetzt die Auswertung dieser 14 200 Stimmzettel abgeschlossen. Das aufschlussreiche Ergebnis bestätigt erneut, wie sehr Alter und Geschlecht eine politische Entscheidung beeinflussen.

Bei den Frauen und den älteren Menschen haben CSU und die "heimat-treue" Bayernpartei einen besonders grossen Anhang. Die jüngeren Wähler - man fasste die 21- bis 30-Jährigen in eine Altersgruppe zusammen - machten etwa 15 Prozent der Wahlberechtigten unter den genannten 14 200 Personen aus. Unter je 1 000 abgegebenen gültigen Zweitstimmen, die für die einzelnen Parteien abgegeben wurden, befanden sich bei der CSU 143, bei der SPD aber 173, bei der FDP 140, beim GB/BHE 126 und bei der BP 90 Stimmzettel, die von Wählern dieser Altersgruppen stammten. Damit erreichte die SPD als einzige Partei einen überdurchschnittlichen Anteil der Stimmen junger Wähler. Bei den 21- bis 30-jährigen Männern konnte die SPD in Augsburg sogar absolut ebensoviele Stimmen auf sich vereinigen wie die CSU.

Im Gesamtergebnis hatten in Augsburg CSU 53,4 Prozent, SPD 33,4 Prozent, FDP 6,7 Prozent, GB/BHE 3,4 Prozent und die BP (in der Wahl gemeinsam mit dem Zentrum als Föderalistische Union aufgetreten) 2,4 Prozent erhalten. Die sogenannten heimat-treuen eingestellten Kreise haben ihr Schwergewicht bei den älteren Jahrgängen, wie die Analyse der auf die BP entfallenen Stimmen beweist. Diese Partei konnte in Augsburg, der Stadt mit Bischofsitz, anteilmässig mehr ältere Leute für sich gewinnen als die CSU. Die Wähler mit 60 und mehr Lebensjahren stellten etwa 23,7 Prozent der Wahlberechtigten der Stadt. Demgegenüber waren 28,4 Prozent aller BP-Wähler und 26,4 Prozent aller CSU-Wähler in diesem Alter. Die SPD kam in dieser Altersgruppe auf

den geringsten Anteil mit 20 Prozent. Nach den Augsburger Ermittlungen lag dementsprechend das Durchschnittsalter der BP-Wähler mit gut 50 Jahren am höchsten, während die SPD den jüngsten Wählerstamm mit einem Durchschnittsalter von 45 Jahren aufzuweisen hatte. Bei den Altersgruppen von 30 bis unter 45 und von 45 bis 60 Jahren hat die SPD ebenfalls einen überdurchschnittlichen Anteil.

Die Partei, die in der Gunst der weiblichen Wähler am höchsten stand, war die CSU. 460 von 1 000 gültigen Zweitstimmen des "starken Geschlechts", jedoch 565 Stimmen von 1 000 Frauen wurden der CSU gegeben. Die SPD konnte bei der Zusammenfassung aller Altersgruppen 390 von 1 000 männlichen, aber nur 300 von 1 000 weiblichen Wählern für sich gewinnen. Angesichts der Vorliebe der Frauen für die CSU und der Tatsache, dass wohl überall in der Bundesrepublik ein Frauenüberschuss herrscht, kann der Schluss gezogen werden, dass CDU/CSU ihren Vorrang zu einem wesentlichen Teil dem "schwachen Geschlecht" verdanken.

In den 15 Augsburger Wahllokalen, in denen getrennt nach Alter und Geschlecht abgestimmt wurde, gab es 1 000 männliche und 1 230 weibliche Wähler. Bei den einzelnen Parteien betrug das Verhältnis: CSU 1 000 zu 1 500, SPD und BP 1 000 zu 960, FDP 1 000 zu 1 350 sowie GE/SHE 1 000 zu 1 080. Die Zweitstimmen der CSU kamen also in Augsburg nur zu 40 Prozent von Männern aber zu 60 Prozent von Frauen. Bei der SPD halten sich die Geschlechter bei einem geringfügigen Plus der Männer fast die Waage. Die FDP stand relativ somit zumindest in Augsburg nach der CSU am höchsten in der Gunst der Frauen. 94,7 Prozent der CSU-, 93,7 Prozent der SPD- aber nur etwa 75 Prozent der BP-Wähler gaben die Erst- wie die Zweitstimme der gleichen Partei.

+ + +

Dieser Strauss legt Kuckuckseier

rd.- Die Erregung über die Zumutung Prof. Erhards, die Arbeitnehmer sollten für die Rüstung eine Stunde mehr arbeiten, statt verkürzte Arbeitszeit und höhere Löhne zu fordern, hält noch immer an. Das ist verständlich, denn seit 25 Jahren mahnen die Regierenden und zwingen die Arbeitnehmer zur Kässigung: Schon für Hitlers Rüstung und seinen unsinnigen Krieg, für die Folgen dieses Krieges, für die Restauration der im Krieg verlorenen privaten Vermögen und nun wieder für die Rüstung - das ist eine endlose Kette! Anlässlich dieser Mahnung Erhards erinnert man sich auch der früheren Erklärungen dieses Ministers: Die Leistungskraft der westdeutschen Wirtschaft ersetzliche es, unseren Beitrag zur westlichen Verteidigung ohne zusätzliche Opfer, ohne neue Steuer, zu leisten.

Wenn aber wahr wird, was Verteidigungsminister Strauss dem Wirtschaftsbeirat der CSU in München ankündigt, - und wir zitieren hier das "Handelsblatt" - "Wenn die jetzigen Planungen eingehalten werden können, werde die Bundesregierung in den nächsten Jahren einen gleich hohen Anteil des Sozialproduktes für Verteidigung ausgeben, wie etwa England und Frankreich", so wird sichtbar, dass das von Erhard verlangte Opfer der Arbeitnehmer nicht einmal ausreichen wird, um diese Ankündigung zu erfüllen.

Frankreich gab nach den Berechnungen des Weltwirtschafts-Instituts in Kiel etwa 10 % seines Sozialproduktes für Rüstungszwecke aus. Zusätzlich verbrauchte es jene Summen, die es als Besatzungs- bzw. Stationierungskosten aus unserer Volkswirtschaft und in Form von Beihilfen und Anleihen aus den Volkswirtschaften anderer Länder in Anspruch nahm. Mit dieser seit bald Jahrzehnten und wegen seiner unglücklichen Kolonialkriege andauernden Rüstungslast hat es sich in eine Inflation hineinmanövriert. Doch nicht nur finanziell, sondern auch moralisch-völkerrechtlich hat es sich geschädigt.

Wer uns nun die Ausgaben dieses Landes als Muster für eigene Ausgaben offeriert, begeht eine zweite Unverschämtheit. Auf das westdeutsche Sozialprodukt bezogen, kündigt Strauss uns nämlich an, dass wir jährlich bald erheblich mehr als 20 Milliarden DM für die Rüstung aufzubringen haben, gegen jetzt "nur" 10 Milliarden im Haushalt dieses Jahres. Das sind auch schon mehr, als man uns früher angekündigt hat. Über 20 Milliarden DM im Jahr, davon liesse sich in zwei Jahren jegliches Wohnungsland aus der Bundesrepublik verbannen. Dann hätten wir Werte geschaffen, statt neue Zerstörung vorzubereiten und kein nutzloses Opfer gebracht, sondern der ganzen konjunkturfährdeten Wirtschaft einen Dienst erwiesen.

Es ist verwunderlich, wie der Wirtschaftsbeirat einer Regierungspartei solche Eröffnungen "zur Kenntnis" nehmen kann, einer Partei übrigens, die dem Volk ständige Prosperität verspricht. Was hier durchblickt, ist wirtschaftlicher Verfall, Inflation und neue Zerstörung. Wenn dieser Wirtschaftsbeirat es nicht merkte, so werden die Arbeitnehmer es doch nicht übersehen: Dieser Strauss legt uns Kuckuckseier in's Nest.

+ + +

"Bier" ist nicht immer "Bier"

H.M.- Fast vier Jahre lang währte der in Bayern unter reger Anteilnahme der Bevölkerung geführte "Bierkrieg". Die Bayern waren der Ansicht, dass es unzulässig und mit der Landessitte nicht vereinbar sei, Malz-, Kär- oder Süsbier unter Verwendung von Zucker zu brauen und auch solches, das ausserhalb Bayerns auf diese Art hergestellt wird, innerhalb der Landesgrenzen zu vertreiben. Sie beriefen sich dabei auf ein zu Beginn des 16. Jahrhunderts erlassenes Braugesetz, das ein absolutes "Reinheitsgebot" enthält und den Zusatz von Zucker und anderen Surrogaten verbietet. Was in Bayern als Bier verkauft wird, darf nur aus Malz und Hopfen gebraut sein. Der Ausschank des bei Kindern, Frauen, Rekonvaleszenten und auch norddeutschen Besuchern so beliebten alkoholfreien Süsbieres blieb den Bayern unerwünscht.

In den sich hieraus ergebenden Rechtsstreitigkeiten waren zwei Gerichtsentscheidungen ergangen, in denen die Rechtslage unterschiedlich beurteilt wurde. In "bayerischen Sinne" entschied das Oberste Landesgericht in München, während die Grosse Strafkammer des Hanauer Landgerichtes, die aufgrund einer Selbstanzeige wegen Vorstosses gegen das Lebensmittel- und Biersteuergesetz gegen einen in Hansa ansässigen Brauereidirektor verhandelte, zu anderen Schlussfolgerungen gelangt. Nach Auffassung des nicht-bayerischen Gerichtes kann die Landesregierung in München zwar unter Bezug auf eine Ausnahmegenehmigung zum Deutschen Biersteuergesetz die Herstellung von gesüßtem Malzbier in Bayern selbst verbieten, nicht aber den reinen Vertrieb eines unter Beachtung der in anderen Bundesländern geltenden Vorschriften hergestellten Getränkes. Da gegen diesen Urteil Revision eingelegt wurde, musste sich der Bundesgerichtshof in Karlsruhe in letzter Instanz mit dieser heidigen Angelegenheit befassen.

Salomonisch hat der Zweite Strafsenat des Bundesgerichtshofes jetzt entschieden: Das unter Verwendung von Zucker hergestellte obergärige Bier darf in Bayern vertrieben werden, jedoch mit der Einschränkung, dass es nicht als "Bier" bezeichnet werden darf. Praktisch bleibt somit alles beim Alten, formell aber haben die Bayern "ihre" Schlacht gewonnen. Die Hersteller und Konsumenten werden sich an neue Kanen und neue Etiketten auf den Süsbier-Flaschen gewöhnen müssen. Ein 450 Jahre alter Gesetzeszopf hat sich durchgesetzt, und der an eine gewisse Freizügigkeit der Konsumwahl gewöhnte Bundesbürger fragt sich verwundert: Wieso kann es einen strafbaren Tatbestand erfüllen, wenn ihm in München das als "Bier" vorgesetzt wird, was in nicht-bayerischen Städten unter dem gleichen Namen uneingeschränkt erhältlich ist?

+ + +